

Haushaltsrede des Stadtkämmerers
zur
Einbringung des Haushaltes 2026
der Stadt Herne am 04. November 2025

Sperrfrist: 04.11.2025 – 17:00 Uhr –
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse und Medien,

zunächst einmal möchte ich Ihnen zur Wahl in den Rat und die Bezirksvertretungen der Stadt Herne gratulieren und wünsche Ihnen viel Geduld, Toleranz und Kraft bei dem anspruchsvollen kommunalen Mandat, dass Sie für die nächsten fünf Jahre übernommen haben.

Mir ist schon bewusst, dass Sie heute hier vorwiegend zusammengekommen sind, um sich als Rat mit seinen Ausschüssen zu konstituieren. Daher werde ich meine Ausführungen als Stadtkämmerer zum Haushaltsplanentwurf 2026, den ich heute hier einbringe, auf das Wesentliche konzentrieren. Die detaillierteren Beratungen des Haushaltsplanentwurfes mit seinen Anlagen finden, wie immer, in den Fraktionssitzungen, Fachausschüssen des Rates und den Bezirksvertretungen statt.

Zu Ihrer Unterstützung finden Sie auch alle Unterlagen und den interaktiven digitalen Haushalt in Kürze auf der Homepage der Stadt.

Heute möchte ich Ihnen hier an dieser Stelle einen kurzen Gesamtüberblick über die Zahlen und einige haushaltsrechtliche Einordnungen aus Sicht der Stadtverwaltung geben.

1. Rückblick und Ausblick auf das Jahr 2025

Die Haushalte der Stadt Herne sind seit 2016 bilanziell überschuldet. Für das laufende Jahr 2025 wird ein Jahresfehlbetrag von rd. 120 Mio. € prognostiziert. Geplant war ein Minus von rd. 112 Mio. €. Die Gründe für die Verschlechterungen sind Ausfälle bei der Gewerbesteuer, Mindererträge bei der Grundsteuer B - worauf ich gleich komme - und massive Preissteigerungen, höhere Tarifabschlüsse u.a. im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe sowie gestiegene Zuschussbedarfe bei der Eingliederungshilfe durch überplanmäßige Fallzahlen und Fallkosten.

2. Ergebnisentwicklung im Haushaltsjahr 2026

Nun komme ich zu der Darstellung der Jahresfehlbedarfe 2026.

a. Jahresfehlbedarfe und wesentliche Einflussfaktoren

Das Fifo-Institut bezeichnete die gegenwärtige Haushaltslage der Kommunen als den „perfekten Sturm“, in dem alle negativen Entwicklungen gleichzeitig aufeinandertreffen, kumulieren und maximalen Schaden anrichten können. Bundesweit erfahren die Kommunalfinanzen eine besondere Aufmerksamkeit, weil wir tief in der kommunalen Finanzkrise stecken. Zuletzt hat am 28. Oktober ein Brandbrief der dreizehn Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Landeshauptstädte der Bundesrepublik Deutschland an den Bundeskanzler für großes mediales Aufsehen gesorgt. Ein solches Schreiben mit einer Einigkeit von Kiel bis München sieht man selten. Im Kern geht es um dieselben Fragen, die uns in den strukturschwachen Kommunen im Ruhrgebiet schon lange beschäftigen:

Die Schere zwischen den kommunalen Einnahmen und Ausgaben geht weiter auseinander und sie könnte bald auch brechen. Kostensteigerungen im Sozialtransferaufwand und Ausweitung von Ansprüchen und Standards durch Schaffung neuer Angebote und Leistungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung belasten das Ergebnis stark. Oder auch die Eingliederungshilfe, die von 2013 bis 2023 um 66 % gestiegen ist. Gerade in NRW leiden die Kommunen darunter besonders, da das Land keinen eigenen Beitrag bei der Finanzierung der Eingliederungshilfe leistet - anders als in anderen Bundesländern. Auslöser war die eingebrochene Konjunktur in Kombination mit neuen Belastungen durch Aufgaben der Friedenssicherung und Kostensteigerungen in fast allen Bereichen des Lebens.

Die dreizehn Landeshauptstädte, die kommunalen Spitzenverbände und viele Kämmerer aus NRW fordern, drei wesentliche Prinzipien in den föderalen Finanzbeziehungen einzuführen und einzuhalten:

1. Wer bestellt, bezahlt. Einführung einer echten Konnexität zwischen Bund und Kommunen. Wenn der Bund in Gesetzen Entscheidungen trifft, die zu einer Belastung der Kommunen führen, muss er diese Belastung vollständig kompensieren.
2. Die Kommunen brauchen einen Ausgleich für die fehlende Konnexität in der Vergangenheit, quasi eine Art Schadensersatz für all die Belastungen, die bereits in der Vergangenheit durch fehlende Konnexität entstanden sind. Der Ausgleich könnte durch höhere Anteile an der Umsatzsteuer geleistet werden.
3. Die Landesregierungen sollen neuen Gesetzen im Bundesrat nur noch zustimmen, wenn die Gegenfinanzierung für die Kommunen gesichert ist.

Diesen Forderungen schließe ich mich voll an. Die Probleme bei unserem Haushalt sind größer als jemals in der Geschichte der Stadt, weil die Krise der Kommunalfinanzen bei uns, auch wegen der hohen Zuwanderung und Anzahl an Bedarfsgemeinschaften, voll zuschlägt.

Die Jahresfehlbedarfe entwickeln sich in einer Deutlichkeit negativ, wie es sie noch nie gab. Für 2026 ist ein Defizit von 126 Mio. € eingeplant. Bis 2034 wird das nicht wesentlich besser und mündet im Jahr 2034 in einem Verlust von noch 16 Mio. €. Während dieser Zeit wird das negative Eigenkapital auf ein Rekord-Minusergebnis von 806 Mio. € anwachsen.

Schauen wir zunächst in die Ergebnisrechnung. Insgesamt werden wir im nächsten Haushaltsjahr 776 Mio. € ordentliche Erträge erwirtschaften. Darunter sind viele konjunkturbedingte Mindererträge.

Der Ansatz für die Gewerbesteuer musste wegen der oben beschriebenen Konjunkturschwäche auf 82 Mio. € reduziert werden.

Das Grundsteueraufkommen soll stabil bleiben, ich schlage Ihnen also kurzfristig keine Steuererhöhung vor. Die Grundsteuerreform konnte in Herne, dank umsichtiger politischer Entscheidungen des letzten Rates und intensiver Beratung durch den Fachbereich Steuern und das Finanzamt Herne, unter hoher Akzeptanz der Bevölkerung umgesetzt werden. Von den 40.250 Bescheiden sind bislang nur 2 beklagt worden, wovon eine Klage bereits zurückgenommen worden ist.

Wir konnten hier auch Wort halten und haben durch die Reform keine Mehreinnahmen im Haushalt der Stadt erzielt. Ganz im Gegenteil. Der neue Hebesatz von 990 Hebesatzpunkten führt zu einem dauerhaften Minderertrag von 1,2 Mio. € im städtischen Haushalt. Wie wir damit umgehen werden, müssen wir im nächsten Jahr gemeinsam diskutieren. Das Grundsteuer B - Aufkommen pro Kopf in Herne ist sogar gesunken. Im Schnitt zahlt der Herner im Jahr 2026 rund 15 € weniger, als im Jahr 2024. Das geht natürlich auch auf die Umverteilung zwischen den Wohngrundstücken und den Nichtwohngrundstücken zurück. Wir sollten nicht den wirtschaftsfördernden Effekt unterschätzen, den der einheitliche Hebesatz auf die Herner Wirtschaft hat. Hier wird sich erst langfristig zeigen, wie die Auswirkungen auf den Haushalt sein werden.

Auf der Aufwandsseite rechnen wir im Jahr 2026 mit ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 886 Mio. €, also mit einem ordentlichen Ergebnis von -110 Mio. €. Die Erträge decken damit nicht die Aufwendungen.

Die faktischen Sozialtransferaufwendungen steigen um über 40 Mio. € von 360 Mio. € im Jahr 2025 auf 404 Mio. € im Jahr 2026. Damit steigen die faktischen Sozialtransferaufwendungen doppelt so stark wie im Entwurf für den Haushalt 2025 angegeben.

Und der Aufwand für die Zinsen hat sich durch das gestiegene Zinsniveau seit 2023 verdoppelt und kostet uns allein im Jahr 2026 voraussichtlich rd. 25 Mio. €.

b. Genehmigungsperspektive

Unter dem Strich führt das zu Rekordverlusten, die sich auch in der Mittelfristplanung und erst bestenfalls bis zum Ende des Haushaltssicherungskonzeptes bessern. Um eine Genehmigung für den Haushalt 2026 vom Regierungspräsidenten zu erhalten, muss der Haushalt im Jahr 2034 ausgeglichen sein. Der Entwurf, der Ihnen heute vorliegt, sieht diesen Ausgleich noch nicht vor. Im Jahr 2034 steht derzeit noch ein Fehlbetrag von 16,1 Mio. €. In den kommenden Wochen müssen wir weiter daran arbeiten, von -16 Mio. € auf die berühmte schwarze Null zu kommen. Erst dann kann ich davon ausgehen, eine Genehmigung für den Haushalt zu bekommen und auch erst dann können Sie als oberstes Beschlussorgan dieser Stadt die Handlungsfähigkeit über ihre Stadt behalten. Spielraum für neue Projekte und Maßnahmen haben wir also nicht. Jede neue Maßnahme, jede weitere Stelle, jedes neue Projekt braucht daher zwingend eine echte Kompensation. Ich bitte Sie darum, diesen Gedanken mit in Ihre Beratungen zu nehmen.

3. Wege aus der Finanzkrise der Kommunen?

Zwei Themen werden aktuell bemüht, wenn Bundes- und Landespolitik über die strukturellen Verbesserungen der Kommunalfinanzen sprechen. Das ist einmal die Altschuldenlösung und zum anderen das Sondervermögen Infrastruktur, mitunter auch „NRW-Plan für gute Infrastruktur“ genannt. Gestatten Sie, dass ich versuche, die beiden Programme einmal kurz einzuordnen.

a. Sondervermögen Infrastruktur

Das Sondervermögen Infrastruktur des Bundes umfasst erstmal 100 Mrd. € für Länder und Kommunen. Von diesen 100 Mrd. € bekommt NRW 21,1 Mrd. €.

Die Landesregierung hat mit dem NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036 einen Regelungsentwurf zur Umsetzung des Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes (LuKIFG) für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Darin soll geregelt werden, dass die Stadt Herne von diesen 21,1 Mrd. € sicher 92,2 Mio. € über 12 Jahre erhalten soll. Das sind 7,7 Mio. € pro Jahr.

Daneben werden noch 2,7 Mrd. € aus Bundesmitteln über Förderprogramme verteilt, bei denen wir aber nicht zwingend zum Zuge kommen werden. Die übrigen Mittel sind Landesmittel, welche die Kommunen bislang im Wesentlichen auch bekommen haben. Unter dem Strich gibt das Land 60 % der Gelder an die Kommunen weiter, davon aber nur rd. 47 % gesichert.

Das Problem bei diesem Vorgehen ist, dass sich das Land mit seinem Gesetzentwurf über den einstimmigen Vorschlag der drei kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Städte- und Gemeindebund und Landkreistag) hinweggesetzt hat. Erstmals haben sich nämlich alle drei kommunalen Spitzenverbände bei der horizontalen Verteilung der Mittel geeinigt und damit dem Land den üblichen Verteilungskampf zwischen den Großstädten und den kreisangehörigen Gemeinden abgenommen. Die Spitzenverbände haben auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II als Verteilungskriterium mit aufgenommen, um damit den strukturschwachen Städten entgegenzukommen. Wesentlicher Grund des gemeinsamen Vorschlages war aber auch das Ziel, eine höhere Quote der Bundesmittel zu erhalten, also 80 % statt der aktuell zugesagten 60 %.

Das Land wollte aber beiden Vorschlägen leider nicht folgen, was zu einer Benachteiligung der strukturschwachen Großstädte führen könnte.

Für Herne wären nach dem Modell der drei Spitzenverbände nicht 92 Mio. €, sondern 194 Mio. € zu erreichen gewesen. Das ist auch der Grund, warum man das aus Herne's Sicht kritisch sehen kann. Zwei Dinge sind aber durchaus positiv: Einmal die Tatsache, dass Bund und Land die kommunale Finanzkrise anerkannt haben und helfen wollen. Zum anderen aber auch, dass man sich zumindest bemüht, die Verfahren zu vereinfachen. Dennoch ist es Aufgabe der Verwaltung stets auf eine Verbesserung der Finanzausstattung der Stadt Herne hinzuarbeiten und dazu gehört dann auch mal deutliche Kritik.

Wirtschaftlich betrachtet sind die 7,7 Mio € pro Jahr eine kleine Hilfe. Bei den für 2026 geplanten Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 142 Mio. € ist das jedoch nur ein sehr kleiner Tropfen auf einem sehr heißen Stein.

b. Altschuldenlösung

Am 18. Juli 2025 ist das Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ASEG NRW) in Kraft getreten. Darin wird geregelt, dass das Land NRW 50 % der anerkannten Liquiditätssicherungskredite zum Stichtag 31.12.2023 übernimmt. Ziel ist die Stärkung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Die Altschuldenlösung ist bei Lichte betrachtet eher eine Altschuldenhilfe, da sie für eine Lösung nicht groß genug ist. Auch hier kommt man zu einem ähnlichen Befund wie im vorherigen Punkt. Die Maßnahme geht in die richtige Richtung, ist aber nicht erheblich verbessernd für den Haushalt. Bund und Land nehmen den Kommunen die Liquiditätssicherungskredite nur zu einem Teil ab. Für Herne könnten wir im Volumen von indikativ 170 Mio. € entschuldet werden. Im Jahr 2023 hatten wir allerdings 458 Mio. € Liquiditätssicherungskredite. Stand heute wird durch die Entschuldung zu keinem Zeitpunkt das Eigenkapital wieder positiv. Positiv ist aber die Reduzierung der Zinsbelastung.

c. Eigene Sparanstrengungen

Neben den berechtigten Forderungen gegenüber Bund und Land macht sich die Verwaltung aber natürlich auch Gedanken und viel Mühe, einen eigenen Beitrag zu leisten. Das fällt nach so vielen Jahren der Haushaltssicherung schwer. Aus eigener Kraft werden wir den Ausgleich nicht schaffen können. Einsparungen im Haushalt und Verringerung der Schuldenlast sollen, auch wenn es nur kleine Beträge sind, nachweisen, dass wir verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahler umgehen und erhalten uns verhandlungsfähig gegenüber den Geldgebern Land und Bund.

Dabei stehen zwei Ziele im Vordergrund: Einmal haben wir Maßnahmen erarbeitet, die einen echten Effekt auf den Haushalt haben, also das Ergebnis verbessern. Zum Zweiten haben wir Maßnahmen identifiziert, die einen sparpsychologischen Effekt bei Führungskräften der Verwaltung haben. Dabei handelt es sich durchweg um unpopuläre Maßnahmen, die im nächsten Jahr schrittweise den Weg als Vorschlag der Verwaltung in die politischen Gremien finden werden. Dann liegt es bei Ihnen, wie wir damit umgehen wollen. Im Haushalt finden sich bereits einige dieser kontroversen Ideen, jedoch sind diese derzeit kaum mehr als ein Prüfauftrag an die Verwaltung selbst. Die Konkretisierung und politische Beratung stehen noch aus.

d. Beteiligungen

Neben dem Blick auf den Bund und das Land bemühen sich die Kolleginnen und Kollegen der Beteiligungssteuerung in meinem Dezernat aber natürlich auch, im eigenen Haus finanzielle Unterstützung zu erwirtschaften und Potenziale auszumachen. Daher richte ich Ihre Aufmerksamkeit einmal auf die Beteiligungen der Stadt.

Ein Wort vorab an die neu gewählten Stadtverordneten: Herzlichen Glückwunsch, Sie steuern einen Konzern!

Die Stadt Herne hat ein breites Beteiligungsportfolio mit sehr unterschiedlichen Unternehmen und Zielgruppen. Zum Konzern Stadt Herne gehören über 70 Beteiligungsunternehmen verschiedener Rechtsformen. Die meisten erwirtschaften jedoch keine Gewinne und die, die es tun, stehen ebenfalls massiv unter wirtschaftlichem Druck: Entweder, weil die Kosten für Energie, Personal oder Zulieferer gestiegen sind, oder weil sie große Summen aufgrund von Rechtsänderungen oder politischen Vorgaben investieren müssen. Die Klimaneutralität und Dekarbonisierung sind beispielsweise eine große finanzielle Belastung für die Stadtwerke und die weiteren personal- und energieintensiven Betriebe wie die WHE.

Wo früher noch üppige Gewinne den steuerlichen Querverbund zur Finanzierung von Bädern und ÖPNV getragen haben, laufen wir derzeit eher Gefahr, dass der städtische Haushalt die defizitären Unternehmen über unsere Vermögensverwaltungsgesellschaft stützen muss. Noch ist es nicht soweit, aber dieses Risiko sollten Sie einmal gehört haben. Dennoch lohnt sich der Aufwand für die Aufsichtsräte und die kommunalen Geschäftsführer, bei jeder einzelnen Entscheidung in dem kommunalen Unternehmen an die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Herne zu denken. Es darf hier keine zwei Welten geben. Die kommunalen Unternehmen sind das Werkzeug und der Verlängerte Arm der Stadt und dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet.

4. Investitionen aus dem Finanzplan

Das Paradoxe an der Haushaltskrise ist, dass die Kommunen gerade jetzt und schnell sehr viel investieren sollen und müssen, damit die öffentliche Infrastruktur modernisiert und wieder leistungsfähig wird. Man könnte aus den Medien den Eindruck gewinnen, der Bundeshaushalt bestünde nur aus Investitionen. Dabei ist die Realität anders. 71 % aller Investitionen in der Bundesrepublik sind kommunale Investitionen. Die Kommunen sind die Treiber der Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und nicht nur Bund oder Land.

Das hat zur Folge, dass Stadtverwaltung und Politik künftig viel stärker über Investitionen sprechen müssen und die Priorisierung von Investitionsentscheidungen eine große Bedeutung bekommen wird.

a. Ausgewählte städtische Investitionen

Der Finanzplan sieht im Jahr 2026 Auszahlungen in Höhe von 142 Mio. € vor. Sechs besondere Projekte möchte ich hervorheben.

Unser größtes Bauprojekt in der Geschichte der Stadt ist der Neubau der Hauptfeuer- und Hauptrettungswache in Sodingen. Hier werden bei Projektkosten in Höhe von insgesamt 140 Mio. € im Jahr 2026 rund 54 Mio. € zur Auszahlung kommen. Dieses Gebäude wird für die Sicherheit der Bevölkerung neue Maßstäbe setzen und eine wesentliche zentrale Einrichtung der Stadt werden.

Derzeit bemühen wir uns um Fördermittel für die energetische Sanierung der Künstlerzeche Unser Fritz in Wanne, um hier mit 6,9 Mio. € die Zukunft des Gebäudes, aber auch die gegenwärtigen vielfältigen sozialen und kulturellen Nutzungen zu sichern.

Das Verwaltungsgebäude und Baudenkmal Sud- und Treberhaus in Eickel bekommt, als konsumtive Maßnahme, für 1 Mio. € eine städtebaulich hochwertige Erneuerung des Treppenturms aus nachwachsenden Rohstoffen.

Als Pilotprojekt bauen wir für 1 Mio. € eine Freiluftturnhalle für Schulen, Vereine und Quartier an der Grundschule Eickeler Park. Dieses innovative Projekt soll schneller, günstiger und vielseitiger als eine klassische Turnhalle sein und viele Bedarfe bedienen.

Hier in Herne Mitte warten wir auf den Förderbescheid für die 2 Mio. € teure Sanierung des Schollbrockhauses, eine ehemalige Kornmühle aus dem 19. Jahrhundert und eines von drei Elementen des Ensembles im Schlosspark Strünkede.

Zur Unterstützung der Ansiedlung der Hochschule für Polizei und Verwaltung im Funkenbergquartier und Gestaltung der Mobilitätswende wird die Verkehrsentwicklung Herne Mitte mit 11,4 Mio. € geplant.

b. Funkenbergquartier als ein Treiber der Stadtentwicklung

Projekte wie das Funkenbergquartier sind der Königsweg aus der Finanzschwäche der Stadt. Mit geschätzten öffentlichen und privaten Investitionen von 500 Mio. € wird eine ehemalige Industriebrache im Herzen der Stadt reaktiviert. Dort sollen 1.800 hochwertige Arbeitsplätze entstehen. 2,7 % Wachstum bei den Beschäftigungszahlen in Herne wird erwartet.

Die Ansiedlung der Hochschule des Landes wird zur Belebung der Innenstadt führen und die Stadt aufwerten. Fiskalisch positive Effekte wird das neue Quartier auch auf die Gewerbesteuer, die kommunalen Anteile an der Einkommenssteuer und Umsatzsteuer haben.

5. Fazit und weiteres Verfahren der Haushaltsplanberatungen

Diese und viele andere Maßnahmen finden Sie in den Haushaltsplänen oder Sie kennen sie bereits. Es sind diese großen und kleinen investiven Projekte, die das Gesicht der Stadt verändern und für Jahrzehnte die Wahrnehmung prägen. Ich beobachte, dass diese Wahrnehmung positiv ist. Die Stadt Herne ist trotz allem eine Stadt im Aufschwung, die ein investitionsfreundliches Umfeld schafft und die sich ihrer Stärke und Leistungsfähigkeit eigentlich noch viel stärker bewusstwerden muss.

Eingangs habe ich Ihnen zur Wahl in den Rat und die Bezirksvertretungen gratuliert. Sie leisten mit Ihrem Ehrenamt einen teils unterschätzten, aber überragend wichtigen Beitrag für ein funktionierendes Gemeinwesen. Sie können mit diesem Amt die demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft stärken, den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft sichern und gute, nachhaltige und sichere Grundlagen für die kommenden Generationen schaffen.

An Ihrer Seite steht eine Verwaltung, die leistungsfähig und leistungswillig ist, die aus vielen Idealisten und engagierten Menschen besteht, die die Wünsche aus der Bevölkerung und dem Stadtrat ernst nehmen. Und vor allem aus Menschen, die sich der freiheitlich demokratischen Grundordnung und dem Rechtsstaat mit all seinen Ausprägungen verpflichtet fühlen. Lassen Sie uns auch in der heute beginnenden Wahlperiode einander mit Vertrauen, Wertschätzung und Rücksichtnahme begegnen – gerade dann, wenn es schwierig wird.

An dieser Stelle bedanke ich mich sehr bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzsteuerung für die Aufstellung dieses Haushaltsplanes und bei allen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, die daran ebenfalls mitgewirkt haben. Die Kolleginnen und Kollegen haben es mal wieder geschafft, unter hohem Druck hohe Qualität abzuliefern und Ihnen eine gute Grundlage für die heute beginnenden Haushaltsplanberatungen zu geben.

Am 18. November beginnen die Beratungen in den Fachausschüssen und Bezirksvertretungen und enden in der Beschlussfassung am 16. Dezember im Rat der Stadt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion über den Haushaltsplan der Stadt Herne.

Glück Auf!

Marc Alexander Ulrich

Beigeordneter und Stadtkämmerer